140. 1. Findet in Preußen ein Arbeitszwang im administrativen Wege gegen solche Personen statt, welche öffentliche Unterstützung empfangen und sich weigern, die ihnen von der Behörde angewiesenen Arbeiten zu verrichten?

St.G.B. §§. 361 Nr. 7. 362.

Preuß. Ausf.-Gesetz bez. des Unterstützungswohnsitzes v. 8. März 1871
(G. S. S. 130). Minist.-Instr. v. 10. April 1871.

2. Ist bei erwiderten vorsächlichen leichten Körperverletzungen, welche von einem Beamten in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes begangen sind (§. 340 St.G.B.'s), eine Aufrechnung gemäß §. 233 St.G.B.'s zulässig, mögen beide Thäter oder nur der eine sich in Amtsausübung befunden haben?

3. Umfang und Inhalt der Urteilsgründe gemäß §. 266 Abs. 3 St.P.O.

4. Bildet der Gehorsam eines Untergebenen gegen einen widerrechtlichen Befehl seines Dienstvorgesetzten eine Amtspflicht und demgemäß einen Schuldausschließungsgrund im Sinne des §. 52 St.G.B.'s?

5. Kann bei idealer Konkurrenz einer von Beamten in der Amtsausübung verübten vorsächlichen gefährlichen Körperverletzung im Sinne des §. 340 St.G.B.'s und einer unberechtigten Verhaftung im Sinne des §. 341 a. a. O. die Anwendung des §. 223 a a. a. O. in Frage kommen?

II. Straffenat. Ur. v. 4. Juli 1882 g. Sch. u. Gen. Rep. 1418/82.

I. Landgericht Frankfurt a. O.

Aus den Gründen:

Die Revision der beiden Angeklagten ist unbegründet.

Der erste Richter hat festgestellt, daß am 4. November 1881 zu F.:

1. der Angeklagte, Gemeindevorsteher Sch., a. im L.'schen Hofe die Witwe Th. vorsächlich körperlich gemißhandelt, also vorsächlich eine Körperverletzung im Sinne des §. 223 St.G.B.'s begangen hat; b. durch eine und dieselbe fernere selbständige, von der unter a. verschiedene Handlung, in Gemeinschaft mit dem mitangeklagten Gemeinbediener G., die Witwe Th. *α.* vorsächlich an der Gesundheit mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung beschädigt, *β.* ohne dazu berechtigt zu sein, vorsächlich und widerrechtlich festgenommen, eingesperrt und auf Stunden des Gebrauches der persönlichen Freiheit beraubt hat; und zwar ad a. und b. als Beamter in Ausübung seines Amtes;

2. der Angeklagte, Gemeinbediener G., durch eine und dieselbe Handlung, in Gemeinschaft mit Sch., die Witwe Th.: a. vorsächlich an der Gesundheit mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung beschädigt, b. vorsächlich und widerrechtlich, ohne dazu berechtigt zu sein,

festgenommen, eingesperrt und auf Stunden des Gebrauches der persönlichen Freiheit beraubt hat, und zwar ad a. und b. als Beamter in Ausübung seines Amtes.

Die Begründung der Feststellungen läßt nirgend einen Rechtsirrtum erkennen, welcher die Revision rechtfertigen könnte.

1. In betreff des Angeklagten Sch. hat der erste Richter für erwiesen erachtet: Der 2c Sch. habe am 4. November 1881 die Witwe Th., welche als Ortsarme im Gemeindefarmenhanse zu S. untergebracht war und sich weigerte, eine ihr aufgetragene Gemeindefarmarbeit, nämlich das Hineinschaffen von Schul-Brennholz in das Spritzenhanse, zu verrichten, zunächst im L.'schen Hofe an den Arm und die Brust gepackt, wiederholt zur Erde geworfen, auch gegen den Thormweg gestoßen. Sodann habe er dieselbe in Gemeinschaft mit dem mitangeklagten G. am Spritzenhanse an den Arm gefaßt, in das Spritzenhanse geführt, dort eingesperrt und durch ihre Festhaltung daselbst auf mindestens zwei Stunden bei leichter Bekleidung und strenger Kälte, also durch eine ihr Leben gefährdende Behandlung, an ihrer Gesundheit beschädigt, da sie infolge dieser Behandlung an einem heftigen katarrhalischen Fieber erkrankte.

Auf die jetzige Behauptung des Sch.:

Er habe den Vorsatz der Körperverletzung nicht gehabt und sei sich bei dem Anfassen und Hineinbringen der Th. in das Spritzenhanse nicht bewußt gewesen, daß er etwas Unrechtes und Widerrechtliches thue; vielmehr habe er, als die Th. ihn beleidigt und die Arbeit verweigert habe, bei seinem amtlichen Vorgehen gegen dieselbe die Ansicht gehabt, daß er sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befinde, die Arbeitsverweigerung der Th. brechen und der verletzten Autorität des Ortsvorstehers Geltung verschaffen müsse, kann den entgegengesetzten vorrichterlichen Feststellungen gegenüber keine Rücksicht genommen werden.

Denn der erste Richter, welcher ohne Rechtsirrtum annimmt, daß der Angeklagte Sch. bei dem inkriminierten Hergange in Ausübung seines Amtes als Gemeindevorsteher, also als mittelbarer Staatsbeamter im Sinne des §. 359 St.G.B.'s gehandelt habe, als er der Th. eine ihren Kräften angemessene Arbeit für die Gemeinde anwies und sie zu dieser Arbeit anzuhalten suchte, hat zunächst bezüglich des ersten Vorganges thatsächlich für erwiesen erklärt, daß Sch. die Th. auf dem

Ursachen Hofe vorsätzlich körperlich gemißhandelt hat; bei welchem Vorsatze das etwaige Motiv, durch die Körperverletzung die Th. zur Arbeit zu zwingen, selbstredend strafrechtlich gleichgültig ist.

Anlangend sodann den zweiten Vorgang, so hat mit Recht der erste Richter angenommen, daß es rechtlich unzulässig war, die Th. zu der ihr aufgetragenen Arbeit durch Einsperrung zu zwingen. Allerdings nimmt derselbe mit Unrecht auf Art. 12 des Gesetzes vom 21. Mai 1855 Bezug, wonach solche Personen, welche die Armenpflege in Anspruch nehmen, sich aber weigern, für die ihnen gewährte Unterstützung die ihnen von der Obrigkeit angewiesene, ihren Kräften angemessene Arbeit zu verrichten, auf Anordnung der im §. 14 des Gesetzes bezeichneten Verwaltungsbehörde in einer Arbeitsanstalt untergebracht werden dürfen. Denn das allegierte Gesetz ist durch §. 74 Nr. 1 b des preuß. Ausführungsgesetzes bezüglich des Unterstützungswohnhauses vom 8. März 1871 (G. S. S. 130) ausdrücklich aufgehoben. Nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung findet ein Arbeitszwang im administrativen Wege gegen solche Personen, welche öffentliche Unterstützung empfangen und sich weigern, die ihnen von der Behörde angewiesene Arbeit zu verrichten, überhaupt nicht statt. Sie können nur, wenn ihre Weigerung auf Arbeitsuchen beruht, nach §. 361 Nr. 7 St.G.B.'s bestraft und durch richterliches Erkenntnis gemäß §. 362 a. a. D. nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde überwiesen werden, welche dann die Befugnis erhält, sie in einem Arbeitshause unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden.

Nach §. 1 Abs. 2 des preuß. Gesetzes vom 8. März 1871 a. a. D. kann die Unterstützung dem Hilfsbedürftigen geeigneten Falles, solange dieselbe in Anspruch genommen wird, mittels Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhause, sowie mittels Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten außerhalb oder innerhalb eines solchen Hauses gewährt werden. Aber wider ihren Willen können Hilfsbedürftige im Verwaltungswege weder in einem Armenhause festgehalten, noch zu Arbeiten angehalten werden, wie auch in der Ministerialinstruktion vom 10. April 1871 ausdrücklich anerkannt ist, und die Motive, wie die Beratungen bezüglich des gedachten Gesetzes, zweifellos ergeben.

Vgl. hierüber die Zusammenstellung in Rocholl, System des deutschen Armenpfliegerrechts S. 253.

Ebenso wenig kann von einer berechtigten vorläufigen Festnahme der Th., wenn sich dieselbe auch der im §. 361 Nr. 7 St.G.B.'s vorgesehenen Übertretung schuldig gemacht hätte, nach §. 127 Abs. 2 und §. 113 St.P.D. mangels eines Fluchtverdachtes die Rede sein.

Daß der Angeklagte Sch. bei der Einsperrung der leichtbekleideten Th. bei einer Kälte von sechs Grad in das Spritzenhaus der Widerrechtlichkeit seiner Handlungsweise sich bewußt gewesen ist, hat der erste Richter ausdrücklich festgestellt.

2. Was die Anwendung der Strafgesetze und die Zumessung der Strafen anbetrifft, so hat der erste Richter zuvörderst bezüglich des ersten Vorganges erwogen:

Wenn auch die That des Angeklagten Sch. sich als eine leichte Körperverletzung charakterisire, mit welcher derselbe eine ihm seitens der Th. widerfahrene Beleidigung erwiderte, und wenngleich an sich auch im Falle des §. 340 St.G.B.'s die im §. 233 a. a. D. vorgesehene Aufrechnung zulässig sei, so erscheine der Fall doch nicht dazu angethan, Straffreiheit vermöge der Aufrechnung eintreten zu lassen; das Gericht habe sogar das Vorhandensein mildernder Umstände nicht anerkennen können und demgemäß drei Monate Gefängnisstrafe als gesetzlich geringste Strafe arbitriert.

Die Ansicht, daß bei erwiderten vorsätzlichen leichten Körperverletzungen, welche von einem Beamten in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes begangen sind — §. 340 St.G.B.'s —, eine Aufrechnung gemäß §. 233 St.G.B.'s stattfinden könne, mögen nun beide Thäter oder nur der eine sich in Amtsausübung befunden haben, ist rechtsirrtümlich. Denn, obgleich die im Amte begangene Körperverletzung im Sinne des §. 340 des 28. Abschnittes (über „Verbrechen und Vergehen im Amte“) Teil II St.G.B.'s die allgemeinen Vorbedingungen der Strafbarkeit mit den gewöhnlichen Körperverletzungen der §§. 223 flg. des 17. Abschnittes (über „Körperverletzung“) Teil II a. a. D. gemein hat, so zeigt doch schon äußerlich diese verschiedene Stellung der beiden Delikte im Systeme des Strafgesetzbuches, daß eine völlige Analogie derselben nicht statthat, der Gesetzgeber vielmehr die Körperverletzungen im Sinne des §. 340 a. a. D. nicht als eine qualifizierte Unterart der gewöhnlichen Körperverletzungen im Sinne der §§. 223 flg. a. a. D. angesehen, sondern aus dem Kreise der letzteren herausgehoben und zu einem *delictum sui generis*, dem

befonderen Amtsvergehen (bezw. Amtsverbrechen) des §. 340 St.G.B.'s, gestaltet hat. Schon hieraus folgt, daß nach dem Willen des Gesetzes ein Herüberziehen der im Abschnitte 17 Teil II St.G.B.'s gegebenen Sonderbestimmungen auf die im Abschnitte 28 das. §. 340 mit Strafe bedrohten Körperverletzungen ausgeschlossen sein soll. Eine solche Sonderbestimmung ist die im §. 233 St.G.B.'s bei der sofortigen Erwidernng von gegenseitigen leichten Körperverletzungen oder von solchen und Beleidigungen dem Strafrichter eingeräumte Ermächtigung, für beide Angeeschuldigte, oder für einen derselben eine der Art oder dem Maße nach mildere oder überhaupt keine Strafe eintreten zu lassen.

Auch innere Gründe sprechen für die Ausschließung des §. 233 a. a. D. von den Fällen des §. 340 a. a. D.

Die sonst nur noch im §. 199 St.G.B.'s vorkommende Gestattung des richterlichen Ermessens, welches bis zur Verschönung mit jeder Strafe, zur Kompensation beider Delikte gehen darf, basiert in dem geringeren Interesse des Staates an der Bestrafung derartiger auf der Stelle erwidelter Körperverletzungen, bezw. Beleidigungen.

Anders liegt die Sache, wenn ein Beamter in Amtsfunktion beteiligt ist. Wer als solcher ein Delikt begeht, verletzt nicht bloß allgemeine staatsbürgerliche Pflichten, sondern auch die ihm durch seine Stellung als Beamter besonders auferlegten Pflichten. Deshalb liegt es im öffentlichen Interesse, daß diejenigen, welche als Wächter der Gesetze bestellt sind und vor allem dieselben zu halten haben, wenn sie sich zu Körperverletzungen gegen andere hinreißer lassen, deshalb nicht straflos ausgehen, weil sie zu ihrem strafbaren Vorgehen durch ein ähnliches Verhalten von der Gegenseite gereizt sind. Andererseits ist es mit der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung nicht verträglich, Körperverletzungen, welche in Amtsausübung befindlichen Beamten zugefügt sind, lediglich deshalb, weil die Beamten bei dem Konflikte ähnlich gelehrt haben, ganz unbestraft zu lassen.

Daß man bei den gesetzgeberischen Entwürfen und Beratungen nicht daran gedacht hat, die fragliche, jetzt im §. 233 St.G.B.'s enthaltene Kompensationsbestimmung auch auf die Fälle der Amtsmißhandlung im Sinne des §. 340 a. a. D. für anwendbar zu halten, ergeben auch die Materialien auf das unzweifelhafteste.

Der Entwurf des deutschen Strafgesetzbuches verlangte sowohl bei vorsächlichen leichten Körperverletzungen, — ausgenommen, wenn die

Handlung gegen ein Mitglied einer Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener, einen Zeugen ꝛ in Ausübung seines Berufes oder in Beziehung auf den Beruf, begangen wäre; — als auch bei fahrlässigen Körperverletzungen — insofern nicht eine schwere Körperverletzung vorliege oder die Körperverletzung mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen wäre — zur Strafverfolgung einen Antrag (§§. 226. 228 des Entwurfes); und der seiner Stellung nach sich nur auf leichte vorsätzliche Körperverletzungen beziehende §. 227 des Entwurfes, beschränkte die Kompensation lediglich auf solche Körperverletzungen, zu deren Verfolgung ein Antrag erforderlich war, und zwar, wie es in den Motiven S. 108. 115 ausdrücklich heißt, in Übereinstimmung mit der Theorie und der Gesetzgebung anderer deutscher Länder.

Die Reichstagskommission erklärte auch die gegen Mitglieder einer Behörde, Beamte ꝛ verübten Körperverletzungen zu Antragsdelikten und strich die Bestimmung des älteren §. 227, bezw. neueren §. 228 des Entwurfes, wonach die Kompensation nur auf solche leichte Körperverletzungen Anwendung finden sollte, zu deren Verfolgung ein Antrag erforderlich ist. Die Ausdehnung, welche hierdurch der im §. 228 a. a. D. regulierten Kompensation gegeben wurde, bezog sich nach der Materie, welche der Beratung und Beschlußfassung damals unterlag, lediglich auf die in §. 227 des Entwurfes (jetzt in §. 230 Abs. 2 St.G.B.'s) vorgesehenen, mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangenen fahrlässigen leichten Körperverletzungen, zu deren Verfolgung die Reichstagskommission einen Antrag nicht verlangte.

Der Reichstag, der im übrigen die diesfälligen Anträge seiner Kommission genehmigte, dehnte das Erfordernis des Strafantrages auf alle durch Fahrlässigkeit verursachten Körperverletzungen aus, sofern sie nicht mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden.

Stenograph. Bericht a. a. D. S. 669.

Daß also nach dem Entwurfe zum deutschen Strafgesetzbuche die Kompensation nicht bei Körperverletzungen eintreten sollte, welche von einem Beamten in Ausübung seines Amtes begangen werden, ergibt sich daraus, daß dort die Kompensation auf Körperverletzungen beschränkt wurde, welche nur auf Antrag verfolgbar waren. Wenn dieses Requisit bei den späteren Verhandlungen in Wegfall kam, so geschah dies augen-

scheinlich nicht deshalb, um die Vergünstigung auch auf das Amtsvergehen des §. 340 St.G.B.'s auszudehnen. Dies wird durch die Mittheilung eines Mitgliedes der Reichstagskommission bestätigt, wonach ein in der Kommission bei der Beratung über §. 337 des Entwurfes gestelltes Amendement, auch im Falle des jetzigen §. 340 St.G.B.'s die im §. 233 a. a. D. gestattete Kompensation der Strafen ausdrücklich für anwendbar zu erklären, abgelehnt wurde.¹

Obwohl hiernach der erste Richter in der Annahme der Zulässigkeit der Kompensation aus §. 233 St.G.B.'s für den vorliegenden Fall an sich rechtlich geirrt hat, so beruht doch auf diesem Irrtum nicht das Urteil, weil er thatsächlich von der Kompensation keinen Gebrauch gemacht hat.

3. Wenn der Vorderrichter sodann, nachdem er den thatsächlichen Hergang bei dem ersten Vorfalle ausführlich mitgeteilt, bei seiner oben erwähnten Erwägung weiter erklärt, daß der Fall nicht dazu angethan schiene, das Vorhandensein mildernder Umstände anerkennen zu können, und hiermit als Verneinungsgrund der ganze Sachverhalt angegeben ist, so erscheint dadurch gleichmäßig sowohl der absoluten Bestimmung des Schlußsatzes des Abs. 3 des §. 266 St.G.B.'s, wie der nur instruktionellen Vorschrift des ersten Satzes des Abs. 3 a. a. D. Genüge gesehen.

4. Anlaugend den Mitangeklagten G. — — — —, so setzt sich derselbe, wenn er in Abrede stellt, dolos gehandelt zu haben, weil er als Gemeindediener nur den Befehl seines Vorgesetzten, des Gemeindevorstehers Sch., den er für gerechtfertigt hielt und halten mußte, Folge geleistet habe, mit der erstrichterlichen thatsächlichen Feststellung in Widerspruch. Denn diese geht dahin:

„G. war dabei, nämlich bei der Einsperrung der Th., nicht bloß eine die Befehle seines Vorgesetzten ausführende Person, sondern handelte gemeinschaftlich mit diesem. Selbst die Pflicht des Gehorsams gegen Sch. würde ihn nicht zur Ausführung der ganz widerrechtlichen Maßregel der Einsperrung der Th. in das Spritzenhaus auf Stunden berechtigt haben; denn ein Spritzenhaus ist kein Gefängniß, am wenigsten bei sechs Grad Kälte. Sein zweifellos vor-

¹ Meyer-Lhorn, Strafgesetzbuch §. 340 Note 4 Z. 274.

fäßliches Handeln ist also gleichfalls ein widerrechtliches; und es ist auch angenommen, daß er bewußt widerrechtlich gehandelt hat."

Damit ist konstatiert, daß G. die widerrechtliche Einsperrung mit dem Bewußtsein der Widerrechtlichkeit, d. h. mit dem Bewußtsein, daß der ihm von seinem Vorgesetzten Sch. dazu erteilte Befehl widerrechtlich war, vorgenommen hat. Einer Nachprüfung unterliegt diese Feststellung nicht. Auf Grund derselben ist aber auch gegen ihn die Strafbestimmung des §. 341 St.G.B.'s ohne Rechtsirrtum zur Anwendung gebracht.

Ein Schuldausschließungsgrund im Sinne des §. 52 a. a. D. ist daraus, daß Angeklagter einem Befehle seines Dienstvorgesetzten gehorchte, nicht zu entnehmen. Denn er war dienstlich nicht verpflichtet, einem widerrechtlichen Befehle Folge zu leisten.

Blinder Gehorsam gegenüber den Befehlen des Vorgesetzten ist in der Amtspflicht nicht begründet; durch solchen Gehorsam wird daher an dem rechtswidrigen Charakter der Handlung nichts geändert. Daß der Angeklagte des fraglichen dolosen Deliktes sich nicht schuldig gemacht haben würde, wenn er den Befehl seines Vorgesetzten ausgeführt, ohne ihn auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen, oder im guten Glauben, daß er den Befehlen gemäß sei, ist selbstverständlich; wenn aber, wie festgestellt ist, Angeklagter wußte, daß der ihm erteilte Befehl ein ungesetzlicher war, so kann ihn dieser Befehl an sich nicht decken.

So weit geht selbst nicht die militärische Disziplin. Denn obwohl im Militär-Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 20. Juni 1872 (G.S.S. 174) Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung (§§. 89 flg. 92. 94) unter strenge Strafen gestellt sind, und der befehlende Vorgesetzte, „welcher den allgemeinen strafrechtlichen Prinzipien gemäß als Thäter oder Anstifter mit erhöhter Strafe belegt wird, wenn er durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt oder seiner dienstlichen Stellung einen Untergebenen zu einer von demselben begangenen, mit Strafe bedrohten Handlung vorsätzlich bestimmt hat“, — §. 115 a. a. D. — im Eingange des §. 47 das. allein dafür verantwortlich erklärt ist, wenn durch die Ausführung eines Befehls in Dienstfachen ein Strafgesetz verletzt wird, so ist doch an jener Stelle die Norm beigelegt:

„Es betrifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers: 1. wenn er den ihm erteilten Befehl überschritten

hat, oder 2. wenn ihm bekannt gewesen, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.“

Daß der Angeklagte G. im vorliegenden Falle nicht als Teilnehmer, sondern als Mitthäter bestraft ist, findet seine Rechtfertigung in der oben erwähnten Feststellung, daß er nicht bloß auf Befehl des Sch., sondern in Gemeinschaft mit demselben gehandelt hat.

5. Zwar irrt der erste Richter endlich rechtlich noch darin, daß er bei beiden Angeklagten ideale Konkurrenz der Delikte der vorsätzlichen unberechtigten Verhaftung im Sinne des §. 341 St.G.B.'s und der gefährlichen Körperverletzung im Sinne des §. 223 a. a. D. — beides durch die Einsperrung der Th. mit den gesundheitschädlichen Folgen für dieselbe begangen — annimmt; während bei seiner Unterstellung, daß die beiden Angeklagten dabei überall als Beamte und in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben, ideale Konkurrenz der Delikte gegen §. 341 und §. 340 St.G.B.'s vorliegt. Doch beruht auch auf diesem Rechtsirrtume die Vorentscheidung nicht. Denn der erste Richter hat bei der Strafabmessung in Anwendung der Regel des §. 73 a. a. D. die Strafe aus §. 341 a. o. S. entnommen, und die Strafandrohung dieses Paragraphen kommt auch zur Anwendung, wenn es sich, wie hier, um ideale Konkurrenz von §. 341 a. a. D. und §. 340 Abs. 1 St.G.B.'s handelt.